Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Direkte tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich mit Ausnahme nach Sonn- und Festtagen ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
(nur Wochentags)
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 224. Dienstag den 7. Mai 1895. 89. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Die städtische Sparcasse

beleiht Wertbpapiere unter günstigen Bedingungen.
Leipzig, den 1. Februar 1895.
Die Sparcassen-Deputation.

Diebstahls-Bekanntmachung.

Gestohlen wurden laut hier erstatteter Anzeige:

1) **eine 3reihige helle Corallenkette** mit goldenem Schloß, **ein 3reihiges Corallenarmband** mit goldenem Schloß, beides in einem Etui, **ein goldenes Collier** mit **Medaillon-Brosche** mit großer Perle, **eine Porzellanbrosche** in Goldfassung mit eingebranntem Damenbild und **eine Granatnadel** in Hufeisenform, mit Goldfassung, am 30. v. M.;

2) **2 japanische Schwerter** ohne Scheiden, ca. ¾ m lang, mit getoden, mit Fischhaut überzogenen Griffen, **eine Wanduhr** mit Nußbaumgehäuse, ca. 1 m hoch und ¾ m breit, mit silbergrauem Metallzifferblatt, durchbrochenen Zeigern, am Gehäuse mit gelben Metallverzierungen, darunter 2 Frauengestalten, vom 25. bis 27. v. M.;

3) **ein dunkelgrauer Sommerüberzieher** mit einer verdeckten Reihe Hornknöpfe, am 28. v. M.;

4) **ein Leiter-Handwagen**, 4rädrig, blau gestrichen, mit einem reparirten Hinterrad, am 22. v. M.;

5) **ein 4rädriger Hand-Rollwagen**, ungestrichen, mit geschweißtem Boden, Anfang v. M.;

6) **2 Perstaner-, 5 Skunks-** und einige andere **Felle**, seit Anfang v. M.

Etwaige Wahrnehmungen über den Verbleib der gestohlenen Gegenstände oder über den Thäter sind ungesäumt bei unserer Criminal-Abtheilung zur Anzeige zu bringen.

Leipzig, den 6. Mai 1895.
Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. Ml.

Bekanntmachung.

In unserem Firmenregister sind zufolge Verfügung vom 22. April 1895 am 23. April 1895 folgende Firmen mit dem Sitz in Dommitzsch eingetragen worden:

unter Nr. 23: „L. Walther", Inhaber Kaufmann Traugott Walther in Dommitzsch; unter Nr. 24: „L. F. Grübner", Inhaber Fräulein Emilie Grübner zu Dommitzsch.

Ferner ist bei der unter Nr. 5 (früher Nr. 126 des Registers des Amtsgerichts Torgau) eingetragenen Firma: „L. F. Grübner" in Spalte 6 vermerkt worden:

Die Firma ist durch Erbgang auf Fräulein Emilie Grübner übergegangen, vergleiche Nr. 24 des Firmenregisters. Eingetragen zufolge Verfügung vom 22. April 1895 am 23. April 1895.

Dommitzsch, den 23. April 1895.
Königliches Amtsgericht.

Aerztlicher Bezirksverein Leipzig-Stadt.

Versammlung
Dienstag, den 7. Mai 1895, Abends 6 Uhr
im Saale der ersten Bürgerschule.
Tagesordnung:

I. Antrag des Standesausschusses, die Satzungen für das Schieds- und Ehrengericht betr.
II. Wahl der Abgeordneten zum XXIII. Deutschen Aerztetage, sowie eines Mitgliedes für den Prüfungsausschuss der Invaliden-Versorgungskasse.
III. Antrag, die Veröffentlichung der Berichte über die Versammlungen betr.

Dr. Heinze.

Klerikale Umstürzler in Ungarn.

K. K. In dem Kampfe gegen den Umsturz und für Religion, Sitte und Ordnung behaupten die Ultramontanen immer und überall in vorderster Reihe und die zuverlässigsten Kämpfer zu sein. Daß es aber gerade die Ultramontanen verstehen, in einer aller Religion, Sitte und Ordnung hohnsprechenden Weise und mit einem Geschick, das die Socialdemokratie mit Neid erfüllen könnte, den Umsturz zu fördern, zeigt das Vorgehen der „katholischen Volkspartei" in Ungarn, wie es auf Grund eigener Anschauung von H. v. Enfian in seiner soeben erschienenen interessanten Schrift „Klerikale Umstürzler, eine Studie zur Geschichte der ultramontanen Volkspartei in Ungarn" (Berlin 1895, Rosenbaum & Hart. 1 ℳ) anschaulich geschildert wird.

Ein Verkämpfer dieser „Volkspartei" hat selbst erklärt: „Vor uns steht das Beispiel Deutschlands, wo das katholische Interesse durch die politische Parteigestaltung mit Erfolg aufgegriffen wurde, und das Beispiel Belgiens, wo die katholische Partei in ihrer vollen Partei zur Geltung kommt." Die Partei lehnt sich also an auswärtige ultramontane Vorbilder an, wie denn auch ihr Programm „aus Niederösterreich und Böhmen nach Ungarn verschleppt ist". Während die Regierung in dem Gesetze über die Civilehe nur das Recht des Staates wahren und nicht in die Lehren der Kirche eingreifen will, während sie mit Wort und That ihre versöhnliche Gesinnung bezeugt, während auch die Protestanten zum Beispiel in Pest erklärten: „obgleich die Einkünfte der Kirche durch diese Gesetze eine Einbuße erleiden, machen uns dieselben doch nicht bange, denn wir vertrauen auf die Religiosität unserer treuen Gläubigen", setzen die ultramontanen Wühler Himmel und Erde in Bewegung und thun nicht anderes, als ob das Christenthum und die Religion selbst in Gefahr sei. Sie ereifern sich darüber, daß dem Sacrament der Ehe durch die neue Gesetzgebung Abbruch geschieht: den eigentlichen Grund ihres Widerstrebens aber verschweigen sie, nämlich den, daß durch die Civilehe das Ansehen der Priester und vor Allem ihre Einkünfte geschmälert werden!

Unter den Führern der „Volkspartei" ist der Graf Ferdinand Zichy eine besonders interessante Erscheinung, zumal er nach berühmten Mustern — vergleiche Görres und Dr. Lieber — in späteren Jahren die Kapuze über die Jacobinermütze gezogen hat. Der seiner Zeit wegen seines Liberalismus mit Kerkerhaft bestrafte, seines Magnatentitels und seiner Kämmererwürde beraubte, aus den Listen des Adels gestrichene, mit Franz Deák für die Trennung von Staat und Kirche begeisterte ehemalige Fortschrittsmann „bäßt jetzt, tiefschwarz gekleidet, das „Hochroth" seiner sündigen Vergangenheit.

Der Gedanke zur Gründung dieser „katholischen Volkspartei" wurde zuerst auf dem Pester Katholikentag, am 16. Januar 1894, wo aber noch der versöhnende Einfluß des Fürstprimas Vaszary vorherrschte, gefaßt. Dort machte man der Priesterschaft und den Laien die Sammlung der katholischen Streitmittel zur Pflicht, welche denn auch bald mit der allerwärts bekannten ultramontanen Rührigkeit ins Werk gesetzt wurde: „Zahlreiche katholische Parteiblätter entstanden neu und der Ton der vorhandenen vergröberte sich merklich. Die folgenden Monate riefen zu Dutzenden katholische Clubs ins Leben, Institute, an deren Nothwendigkeit bisher Niemand gedacht. Man wird nicht fehlgehen, wenn man die Zahl derselben heute auf über hundert schätzt. Endlich bildeten sich ständige Commissionen zur Veranstaltung von Katholikenversammlungen nach dem Pester Beispiel und zur Berathung weiterer katholischer Unternehmungen." Die Regierung wurde von diesen Kämpfern für „Wahrheit" in der wahrheitswidrigsten und gehässigsten Weise angegriffen. Und selbst vor Bischöfen machte der Fanatismus der Hetzcapläne nicht Halt. Die maßvoll gehaltenen Hirtenbriefe des Erzbischofs Samassa und des Bischofs Bubics wurden als „gelinde gesagt: scandalös" bezeichnet, und Letzterem gegenüber hat man bemerkt: „wegen Erlasses eines solchen Hirtenbriefes müsse sich der betreffende Bischof schämen!" Der Pfarrer Nicolaus Lepsényi warf einfach die Frage auf: „wenn der Papst einem König, der die Beschwerung der Kirche und die Beleidigung derselben mit seiner königlichen Autorität gutheißt, sagen würde: ‚Du hast Dich der von uns erhaltenen Krone und des Titels unwürdig erwiesen, wir fordern diese daher kraft der Gewalt, mittels welcher wir sie verliehen haben, wieder zurück!' — auf wessen Autorität würde sich dann wohl der König stützen?" Für diese ganz im Dienste des päpstlichen Kirchenrechts gehaltene Ausführung erhielt der Hetzcaplan der „Volkspartei" seine wohlverdienten sechs Monate Gefängniß, aber sein Beispiel wirkte für die Partei nur aufreizend. In Beanyhód wurde Jeder, der nicht für den ultramontanen Candidaten stimmte, als „Judas" bezeichnet. Der Pfarrer der Gemeinde Bikitye trug den sechs- bis zehnjährigen Kindern in der Religionsstunde seine Ansichten über die Einrichtung der Civilehe vor und verglich dieselbe mit dem Hengstepot der Gemeinde! Die Hetzcapläne erklärten bei den Wahlen, daß mit dem etwaigen Siege des Liberalismus der jüngste Tag anbrechen werde. Dann werde, wie der Pfarrer der Gemeinde Perlak seinen andächtigen Zuhörern versicherte, die Zeit des Weides anbrechen, welches Johannes der Offenbarer frei mit Namen nennt. Jeder werde ohne Umstände sein Gemahl verlassen und auf den Märkten eine andere Frau kaufen können, wie man Enten oder Gänse kauft, und zwar so oft als es ihm beliebe. Damit sollte auf die weibliche Zuhörerschaft eingewirkt werden; den Männern wurde eingeredet, sie müßten sammt und sonders Juden werden, wenn die kirchenfeindliche Regierung am Ruder bliebe. Auch von der Auferstehung könne nach einem Siege der liberalen Partei keine Rede mehr sein, denn die Freimaurer verbrennten alle Leichname, und somit würden Leib und Seele zugleich in die Hölle fahren!

Doch genug! In Ungarn scheint ein Kanzelparagraph sehr nöthig zu sein.

Deutsches Reich.

Ω **Berlin**, 6. Mai. Wegen der Wahl in Lennep-Mettmann hat sich zwischen rechtsconservativen und mittelparteilichen Blättern ein Streit entspannen, der die erfolgreiche Unterstützung der freisinnigen Candidatur durch die Nationalliberalen und die Freiconservativen zum Gegenstande hat. Die „Kreuzzeitung" macht geltend, daß nationalpolitisch zwischen Volkspartei und Socialdemokratie nicht der geringste Unterschied sei, daß die eine wie die andere jegliches Schlimme zu fördern und alles Gute zu verhindern suche; im Reichstage thue und lasse der volksparteiliche Abgeordnete dasselbe wie der socialdemokratische, und deshalb sei es unrecht und fehlerhaft, politischen Untergebenen des Herrn Richter gegen Socialdemokraten zu Mandaten zu verhelfen; es werde dadurch der Volkspartei der willkommene Schein einer staatserhaltenden Partei verliehen und sie dadurch gekräftigt. Diese Kennzeichnung der Volkspartei muß als richtig anerkannt werden und ist auch nicht sehr ernsthaft bemängelt worden. Nach dem 23. März, dem geradezu frivolen Verhalten dieser Partei in den Steuerfragen, der fortgesetzten Unterstützung socialdemokratischer Candidaturen, der Parteinahme für die Polen u. s. w. wäre es auch vergebliche Mühe gewesen, den freisinnigen Mohren rein zu waschen oder auch nur für mildernde Umstände zu plaidiren. Nichtsdestoweniger ist man auf mittelparteilicher Seite dabei stehen geblieben, daß die Wahl socialdemokratischer Reichstagsabgeordneter um den Preis der Vermehrung der Richter'schen Truppe verhindert werden müsse. Und dies mit Recht. Das socialdemokratische Programm erklärt dem Bestehenden in allen seinen Formen den Krieg; können auch Hunderttausende von socialdemokratisch Wählenden nicht für dieses Programm in Anspruch genommen werden, die socialdemokratischen Abgeordneten sind trotzdem auf dieses Programm gewählt. Die Anhänger der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung haben ein starkes Interesse daran, daß die Träger des Umsturzgedankens möglichst schwach im Reichstag vertreten sind, denn auch die für die socialdemokratischen Ideen nur schriftbaren Wahlerfolge besitzen werbende Kraft. Die Masse läßt sich durch große Ziffern immer imponiren und sie gewöhnt sich, wenn die Socialdemokraten immer stärker in den gesetzlichen Vertretungskörpern auftreten, zwar nicht an das Programm, aber an die Partei, und hierin liegt im Falle einer revolutionairen Action eine furchtbare Gefahr. Die Halt- und Urtheilslosen werden den bekannten, wohl vertrauten und in ihrem Auftreten, namentlich im Vergleich mit den Anarchisten, schließlich gar nicht so blutrünstigen Führern immer unbedenklicher folgen, ohne eine Ahnung zu haben, wohin die Reise geht, und späterhin, wenn die Gemäßigten abgethan, sind diese Elemente entweder mit fortgerissen oder eingeschüchtert und deshalb unfähig, sich den gesteigerten revolutionairen Gelüsten zu widersetzen. Wie's lehrt die welsche Geschichte! Die platonische Neigung zum Staat, die dem Deutschfreisinn nachgesagt werden kann, läßt daher noch immer die Wahl von Vertretern derselben als das weniger Verhängnißvolle erscheinen. Allerdings ist es ein höchst ungesunder Zustand, daß nationalgesinnte und positive Politiker Männer wählen, die durch ihre Fractionszugehörigkeit außer Stand gesetzt werden, Anderes als das Gegentheil von dem zu thun, was im Interesse des Reiches und der Gesellschaft den Wählern richtig erscheint. Und lange wird sich diese Politik, die Schläge mit Liebkosungen vergilt, nicht mehr aufrecht erhalten lassen. Wenn kein Wandel in dem Verhalten der Volkspartei eintritt, werden die Parteiführer vielleicht fortfahren können, die Candidaten dieser Partei anzuempfehlen, aber die Geführten werden keine Folge leisten. Aber Eines kommt dem bürgerlichen Radicalismus zur Zeit unverkennbar zu Statten. Die Leitung des Bundes der Landwirthe zeigt sich auf dem besten Wege, in reichspolitischen Fragen das volksparteiliche Beispiel zu befolgen. Die Parole „ohne Kanitz keine Kühne" und die in Scene gesetzte Demonstration gegen die Bewilligung der Mittel zu einer würdigen Repräsentation Deutschlands gegenüber den Seemächten der Welt sind vielversprechende Anfänge. Dazu kommt die den Freisinn weit überbietende sociale Hetze der extremen Agrarier, die soeben dem Freisinn in Eisenach ein Mandat eingetragen hat.

* **Berlin**, 6. Mai. Wie die „Kreuzztg.", nur in milderem Tone, sagt sich jetzt auch der „Reichsbote" von dem Pastor Naumann los, indem er u. A. schreibt:

„Bisher hatten wir und vor Allem auch Herr Stöcker die christlich-sociale Partei als eine Gruppe innerhalb der conservativen Partei oder vielleicht besser gesagt, als die für die sociale Agitation formirte conservative Partei angesehen. Wenn sich aber jetzt ein Theil von ihr scheidet, so können und wollen wir auch das nicht hindern, sofern die dabei Betheiligten innerlich nicht mehr conservativ sind, vielmehr müssen wir es, um der Klarheit und Wahrheit willen wünschen; allein wir fürchten, wie gesagt: das neue Gebilde wird dann wie ein losgerissenes Meteor umherschweifen, bis es irgendwo, sei es bei der sozialistischen oder politischen Demokratie, niederfällt: Herr Naumann sollte nicht vergessen, daß das „Christlich-sozial" in seinem Sinne soviel discrepante Elemente in sich schließt, daß, wie bei allen Sectenbildungen, die weitere Zersplitterung gar nicht ausbleiben kann, ähnlich wie wir es bei dem Antisemitismus sehen."

Inzwischen setzt sich Pastor Naumann mit der „Kreuz-Ztg." über die Begriffe „Conservativ und christlich-social" auseinander. Herr Naumann sagt im „Volk" am Schlusse einer Erklärung:

„Was die Christlich-Socialen in erster Linie wollen, ist die Eroberung der großen Städte für das Christenthum. Dieses Ziel aber läßt sich unter conservativer Fahne nicht erreichen, denn die Conservativen haben für die Interessen der großen Städte stets wenig Sinn gehabt. Sie wollen patriarchalische Verhältnisse bewahren, mit aber fremen uns am Entstehen neuer Organisationen. Die Conservativen halfen in Einkommensteuer und Erbschaftssteuer denen, die Geld haben, denn sie gingen über gewisse bescheidene Steuersätze nicht hinaus, wir aber denken zunächst an Die, welche nichts haben, als ihre Arbeitskraft. Die Conservativen wollen das freie Wort im Volk beschränken, wir wollen es durch unsere Mitwirkung nach Kräften veredeln und pflegen. Auch wenn es heute auf Grund irgendwelcher beruhigenden Erklärung noch einmal zu einem Friedensschlusse käme, die gemeinsame Arbeit würde nicht gedeihen. Alea jacta. Die „Kreuzzeitung" hat den Stein ins Rollen gebracht, jetzt mag er rollen."

Y. **Berlin**, 6. Mai. (Telegramm.) Der Kaiser wohnte gestern mit der Kaiserin dem Gottesdienste in der Friedenskirche zu Potsdam bei. Heute früh nahm er von 7 Uhr ab den Vortrag des Chefs des Geheimen Civil-Cabinets entgegen, begab sich gegen 8 Uhr nach dem Tempelhofer Felde und besichtigte das Garde-Füsilier-Regiment. Nach der Besichtigung kehrte er nach dem Neuen Palais zurück, wo im Kreise der kaiserlichen Familie der Geburtstag des Kronprinzen gefeiert wurde.

B. **Berlin**, 6. Mai. (Privattelegramm.) Als der Kaiser heute zur Truppenschau nach dem Tempelhofer Felde ritt, grüßte ihn ein Arbeiter mit einem stehlüftigen Knaben. Der Kaiser zog durch den Flügel-Adjutanten v. Moltke Erkundigungen über die Verstümmelung des Knaben ein und ließ hierauf den Arbeiter auffordern, in der Dragonercaserne zur Rücksprache zu erscheinen.

— **Berlin**, 6. Mai. (Telegramm.) Staatssecretair Dr. v. Stephan empfing eine Abordnung aus Remscheid unter Führung des Oberbürgermeisters v. Bohlen, welche ihm einen kunstvoll ausgestatteten Ehrenbürgerbrief überreichte.

— **Berlin**, 6. Mai. (Telegramm.) Jules Siegfried, der frühere Handelsminister und Präsident des Pariser Musée social, dessen Einweihung der Präsident des Reichsversicherungsamtes, Boediker, beigewohnt hatte, ist zum Studium der socialpolitischen Gesetze und Einrichtungen hier eingetroffen. Er wohnte bereits einer Sitzung im Reichsversicherungsamte bei und erschien auch im Reichstage.

B. **Berlin**, 6. Mai. (Privattelegramm.) Der „Post" zufolge wird am 13. Mai in dem Handelsministerium ein Ausschuß zur Berathung über die äußere Sonntagsruhe unter Theilnahme von Vertretern der Ministerien des Cultus, des Handels und des Inneren zusammentreten.

B. **Berlin**, 6. Mai. (Privattelegramm.) Die Deutsche Landwirthschafts-Gesellschaft beabsichtigt, dem „B. L.-A." zufolge, nach den Pfingstfeiertagen eine landwirthschaftliche Studienreise nach Oberitalien.

* **Essen**, 4. Mai. Für das Kaiser Wilhelm-Denkmal auf der Hohensyburg wurden von den Stadtverordneten einstimmig 34 000 ℳ bewilligt. (B. T.)

L. **Duisburg**, 4. Mai. Das Preßorgan der Antisemiten des Niederrheins, „Die Wacht an der Ruhr", hat ihr Erscheinen plötzlich eingestellt. — Vor dem Schöffengericht in Dinslaken fand heute die Verhandlung gegen den holländischen Dachdeckergehilfen Oldekotte statt, der beschuldigt war, in der Nacht zum 3. April die am 1. April gepflanzte Bismarckeiche durch Beilhiebe gefällt zu haben. Oldekotte wurde zu 2 Monaten Gefängniß verurtheilt und sein Arbeitgeber, der ultramontane Maurermeister Hagedorn, auf Antrag des Staatsanwaltes sofort wegen Verdachtes des Meineides verhaftet. Oldekotte beging die That auf Anstiften Hagedorn's, Hagedorn hat dies im Ermittelungsverfahren eidlich bestritten. — Von Interesse dürfte noch sein, daß Oldekotte nach §. 304 des St.-G.-B. (Zerstörung öffentlicher Denkmäler) verurtheilt wurde.

* **Erfurt**, 6. Mai. Der sechste evangelisch-sociale Congreß wird, wie schon früher erwähnt, vom 4.—6. Juni hier zusammentreten. Das Programm ist folgendes:

Dienstag, 4. Juni: a. Vormittags 10 Uhr: Sitzung des Ausschusses des Gesammtverbands Evangelischer Arbeitervereine in Vogel's Garten. b. Nachmittags 4 Uhr: Sitzung des Ausschusses des evangelisch-socialen Congresses in Vogel's Garten. c. Nachmittags 6½ Uhr: Gottesdienst und Predigt in der Predigerkirche. d. Abends 8 Uhr: Oeffentliche Begrüßungsversammlung im Kaisersaal. Mittwoch, 5 Juni: a. früh 9 Uhr in Vogel's Garten. 1) Eröffnung des Congresses durch den Vorsitzenden. 2) Jahresbericht des Generalsecretairs. 3) Erstes Referat: Die moderne Naturwissenschaft und die sociale Bewegung der Gegenwart (Professor D. Farrer-Zürich). b. Nachmittags 3 Uhr, ebenda: Zweites Referat: Die socialen Aufgaben des Staats als Arbeitgeber (Geh. Regierungsrath v. Massow-Potsdam). c. Abends 8 Uhr, im Kaisersaal: Festversammlung zu Ehren des evangelisch-socialen Congresses, veranstaltet vom evangelischen Arbeiterverein. Donnerstag, 6. Juni: a. früh 9 Uhr, in Vogel's Garten: Drittes Referat: Die sociale Lage der Frauen (Frau Gnauck-Kühne-Berlin und Hofprediger Stöcker-Berlin). b. Im Anschluß an den Congreß (voraussichtlich gegen 4 Uhr): Specialconferenzen. Angemeldet eine „Ueber die Pflege des Gemeindelebens" von Pfarrer Köglsche-Sangerhausen, sowie eine über „Evangelische Arbeitervereine unter der Landbevölkerung", von Pastor Rauh-Cladow.

* **Breslau**, 5. Mai. Wie gemeldet, forderte ein vom Akademisch-Literarischen Verein ausgehender Aufruf an Schwarzen Bret die Studenten zur Unterzeichnung einer Petition gegen §. 130 der Umsturzvorlage auf. Laut der „Schles. Ztg." sind jetzt die die Petition betreffenden Anschläge und Aufrufe in den verschieden Universitätsinstituten durch Angestellte der Universität entfernt worden.

* **Stuttgart**, 5. Mai. Da in der Rede des Ministerpräsidenten Freiherrn von Mittnacht über die Umsturzvorlage Einiges enthalten ist, was in dem telegraphischen Auszuge nicht genügend berücksichtigt wurde, so tragen wir aus dem „Schwäb. Merk." Folgendes nach:

„Für die Einbringung der Gesetzesvorlage sind alle deutschen Regierungen verantwortlich, auch die württembergische. Er habe am 25. October 1894, nachdem er Tags zuvor mit seinen Collegen sich besprochen habe, in Berlin in einer Conferenz der leitenden deutschen Minister den Anschauungen und Vorschlägen des zweiten deutschen Reichskanzlers Grafen Caprivi, welchen die nach seinem Rücktritt eingebrachte Vorlage durchaus entspricht, zugestimmt. Diese Vorlage wurde sofort nach ihrer Einbringung sehr ungünstig beurtheilt. Es wurde alsbald gesagt, mit dieser Vorlage werde die deutsche Freiheit begraben. Dies haben die Regierungen durchaus nicht wollen; aber sie wollten einem Mißbrauch der Freiheit energisch entgegentreten können. Gewaltsamen Umsturz, friedensstörende Beschimpfung, Aufforderung und Verherrlichung von Verbrechen, Untergrabung der Disciplin im stehenden Heer, diese Dinge wollte die Regierung treffen, nicht den freien Meinungsaustausch. Wenn es der Reichstag für nothwendig hält, in dieser Beziehung Garantien in das Gesetz einzuführen, so werden die Regierungen, davon sei er überzeugt, hierin so weit gehen als nur möglich. Gegen ein Ausnahmegesetz bestehe in der öffentlichen Meinung eine allgemeine Abneigung, wenn man dann auf das gemeine Recht übergehe, so seien wieder die verschiedenen Parteien damit nicht einverstanden. Solche Gesetzesvorlagen müssen auch nach der Zeit, nach den Verhältnissen, nach den Stimmungen betrachtet werden, in denen sie entstanden sind. (Sehr richtig!) Wenn sie dann monatelang herumgezogen werden, nach dem verschiedenen Parteistandpunkt zerpflückt werden und dann in einer Weise abgeändert werden, die dem ursprünglichen Inhalt in keiner Weise entspreche, dann schließlich werde allerdings Niemand befriedigt von dem jetzigen Zustand. Die leichtlebige Zeit habe die damaligen anarchistischen Verbrechen bereits vergessen. Damals habe auch in einem Theil der Bevölkerung die Stimmung bestanden, daß die Regierung der Ausbreitung der socialrevolutionären Propaganda nicht länger zusehen könne. Die Regierungen haben nichts wahrgenommen von Ueberwindung des Socialismus durch gütige Weisen oder durch sittliche Größe, namentlich gar nichts vom Zusammengehen der bürgerlichen Parteien, wie dies der Vorredner als einen Hauptpunkt betont habe. Das Bürgerthum habe einfach nichts gethan. (Lebhafte Zustimmung.) Gleichzeitig sei Mangel an Vertrauen in die deutschen Gerichte entstanden, daß diese die Bestimmungen nicht richtig anwenden. Der Bundesrath werde frühestens zwischen der zweiten und dritten Lesung in einen Meinungsaustausch eintreten. Wenn der Gesetzesvorschlag nach den Beschlüssen der Commission angenommen würde, hätte die württembergische Regierung gewichtige Bedenken gegen die Zustimmung; weitere bindende Erklärungen könne er im jetzigen Augenblicke nicht abgeben.

* **Aus Elsaß-Lothringen**, 5. Mai. Das reichsländische, aus kleinen Anfängen herausgewachsene Kriegervereinswesen hat in den letzten Jahren einen bedeutenden Aufschwung genommen. Die Zahl der Mitglieder ist nämlich seit 1891 von 13 366 auf 17 230 angewachsen, also um 3864 Mitglieder gestiegen. Die nach erfüllter Militairpflicht in die Heimath zurückkehrenden Reservisten gewöhnen sich mehr und mehr daran, den Kriegervereinen, die früher fast nur aus Eingewanderten bestanden, beizutreten. Jetzt bilden sie in einer großen Anzahl von Vereinen bereits die Mehrheit.

Oesterreich-Ungarn.

Zur Krise.

* **Wien**, 5. Mai. Wie bestätigt wird, wurde Banffy heute vom Kaiser sehr gnädig empfangen. Banffy erklärte, er habe insofern unter dem Einfluß eines Irrthums gehandelt, als er angenommen habe, daß die Note nach Rom schon abgesandt worden sei. Jedoch erhelle aus den vorgelegten Schriftstücken, daß er sich des Einvernehmens mit Kalnoky versichert halten und zu seiner Beantwortung der Interpellation berechtigt erachten konnte. Der Kaiser antwortete, er werde Kalnoky's Entlassungsgesuch nicht annehmen und von Banffy's Rücktritt könne gar nicht die Rede sein. Es handle sich um Mißverständnisse und persönliche Differenzen; darum sei eine Ausgleichung möglich, die auch gefunden werden könne und müsse. Banffy kam somit gar nicht dazu, seine Entlassung zu geben. Nunmehr ist der ungarische Hofminister Baron Jeszka thätig, eine Ausgleichung herbeizuführen. Ungarischerseits meint man, daß unter dem Druck des allerhöchsten Willens beiderseits jede mögliche Nachgiebigkeit werde gezeigt werden, daß eine Ausgleichung möglich, jedoch unsicher und jedenfalls sehr schwierig sei. Auch diesseits herrscht heute Ausgleichsstimmung, jedoch soll der Ausgleich ein radicaler sein. Als Umrisse desselben treten hervor: von Seiten Banffy's offene und loyale Erklä-

SLUB
Wir führen Wissen.